



Dokumentationszentrum für die Opfer rassistischer Gewalt 1999–2007 ff.

Bundesweite Bestandsaufnahme von Aufarbeitungsaktivitäten
und Einbindung von Betroffenenperspektiven:

Zusammenfassung

Projektleitung

Prof. Dr. Sabine Hess

Wissenschaftliche Arbeit

Yasmin Dreessen, Lee Hielscher, Andrea
Horni, Çağan Varol

Projektkoordination

Dr. Jelka Günther

Studentische Mitarbeit

Cecilie Seidemann
David Suarez Caspar

Kontakt:

Prof. Dr. Sabine Hess
Georg-August Universität Göttingen
Institut für Kulturanthropologie/ Europäische Ethnologie
Heinrich-Düker Weg 14
37073 Göttingen

Tel.: +49 551 39 25349
E-Mail: shess@uni-goettingen.de

„Wir wollen ja, die Familien wollen ja, dass es eine Geschichte unseres Landes wird. Und man solle sich doch gewiss sein, dass doch diese Geschichte ein Teil dieses Landes erst dann wird, wenn wir so eine Gedenk- oder einen zentralen Ort haben.“ (Angehörige, Zwischenstand Juli 2023, S.32)

Zur Erhebung der bisherigen Aufarbeitungsaktivitäten sowie zur Erhebung der Vorstellungen von Opfern und Angehörigen sowie ihres unterstützenden Umfelds bzgl. eines zukünftigen Dokumentationszentrums oder Erinnerungsortes wurde eine empirisch-qualitative Forschung durchgeführt. Im Mittelpunkt der Forschung standen qualitative Interviews, die zum einen mit sieben Opfern und Angehörigen sowie zum anderen mit 25 Akteur*innen aus dem unterstützenden Umfeld, wie Rechtsanwälten, Rechts- und Migrationswissenschaftler*innen, politischen Bildner*innen und Künstler*innen sowie Akteur*innen aus zivilgesellschaftlichen Gruppen wie antifaschistischen Recherchegruppen, Archivnetzwerken und erinnerungspolitischen Initiativen wie auch aus dem Bereich der Opferunterstützung durchgeführt wurden. Diese Interviews stellen ein dichtes Zeugnis bzgl. der großen Bandbreite der Auseinandersetzung mit den Folgen der rassistischen Gewalt des NSU Komplexes dar und formulieren Aufgaben und Dimensionen eines möglichen Dokumentationszentrums.

Der Versuch, aus der Perspektive der Opfer und Angehörigen die Bedeutungen der Taten zu erforschen, erfordert auch eine Sensibilität für Definitionen und Begriffe. Aus diesem Grund wurde weitestgehend auf die Nennung der Täter*innengruppierung verzichtet und eine andere Bezeichnung der Taten vorgeschlagen: rassistische Gewalt 1999–2007 ff. Damit soll u.a. verdeutlicht werden, dass es sich auf der Erfahrungsebene für die Opfer und Angehörige nicht nur um Akte der eliminatorischen physischen Gewalt handelte, sondern die Rassismuserfahrung durch die polizeiliche Ermittlung, mediale Diffamierung und soziale Stigmatisierung erweitert wurde. Die Opfer und Angehörigen berichten, dass die gewaltvollen Erfahrungen nicht im Jahr 2007 endeten, sondern bis heute andauern und immer wieder in vielen Bereichen ihres Lebens aktualisiert werden. Im Folgenden werden wir die zentralen Ideen und Forderungen der Opfer und Betroffenen und im Anschluss die Reflektionen des unterstützenden Umfelds skizzieren sowie Benchmarks für einen derartigen Prozess aus den jeweiligen Perspektiven vorstellen:

1. Perspektiven der Opfer und Angehörige

Erfahrung, Rezeption und Konsequenzen der rassistischen Gewalt 1999-2007 ff.:

Während Ermittlungsbehörden aus allen beteiligten Bundesländern Ermittlungsthesen verfolgten, welche ausschließlich auf die Opfer gerichtet waren, sorgte die plötzliche Selbstenttarnung des NSU 2011 für ein Ende der jahrelangen falschen Beschuldigungen, Stigmatisierungen und Kriminalisierungen der Angehörigen. Ab diesem Zeitpunkt änderte sich die politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit.

Der Kampf der Opfer und Angehörigen um eine differenzierte Ermittlung und Verhinderung weiterer Taten kam jedoch zu keinem Ende. Das Versprechen einer lückenlosen Aufklärung, wie es die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel gegeben hat, bleibt für die Opfer und Angehörigen bisher uneingelöst. Zwar versuchten bestimmte Fraktionen im Bundestag und einzelnen Landtagen, die Ermöglichungsbedingungen der Taten durch parlamentarische Ausschüsse untersuchen zu lassen, und auf juristischer Ebene wurde gegen fünf der Täter*innen prozessiert. Eine Stärkung der Opfer und Angehörigen scheint dadurch aber nur in geringem Umfang eingetreten zu sein. Viel eher zeigte sich in den Untersuchungsausschüssen, dass staatliche Akteur*innen wie der Verfassungsschutz die Aufklärung eher noch erschwerten.

Die Bemühungen der Bundesregierung und einiger betroffener Städte, durch Empfänge und Gedenkveranstaltungen öffentlich an die Taten zu erinnern und den Opfern und Angehörigen zu helfen, wird von den interviewten Personen aus mehreren Gründen als problematisch gesehen. Vor allem kritisieren die Gesprächspartner*innen, dass ihnen als

Opfer und Angehörige in den überwiegenden Fällen keine zentrale und handelnde Rolle zuerkannt wird. So werden die Veranstaltungen häufig als selbstbezüglich und ritualisiert wahrgenommen.

Insofern steht auch das Vorhaben eines Dokumentationszentrums vor der Herausforderung, einen Kontrapunkt zu bisherigen Erfahrungen bilden zu müssen.

Neben den traumatisierenden Erfahrungen mit dem polizeilichen, medialen und gesellschaftlichen Umgang betonen viele Gesprächspartner*innen, dass die rassistischen Gewalterfahrungen ihre Familien auch in ihrer ökonomischen Existenz bedrohten. Der Mord traf in den meisten Fällen die Hauptverdiener in den jeweiligen Familien. Darüber hinaus stellte der polizeiliche wie mediale Umgang die Opfer und Angehörigen in die Nähe eines kriminellen Milieus, was oftmals einen ökonomischen Zusammenbruch zur Folge hatte. Zudem erforderte auch das soziale wie auch ökonomische Kapital, das die Familien zur Verteidigung aufbringen mussten, erhebliche Ressourcen.

Die Ausführungen über die bislang von den Opfern und Angehörigen gemachten mehrfachen traumatisierenden Erfahrungen mit rassistischer Gewalt, Ignoranz und verschlossenen Türen stellen daher für alle weiteren staatlich angestoßenen Prozesse und Projekte wie den Aufbau eines „Dokumentationszentrums“ eine ernst zu nehmende Ausgangsbedingung dar, die in den Planungsverläufen sensibel aufgegriffen werden müssen.

Obwohl es in den letzten Jahren zu einer deutlich stärkeren Hinwendung der Städte und des Bundes zu den Opfern und Angehörigen kam, vermissen sie weiterhin eine Ernsthaftigkeit der Bestrebungen.

Die Opfer und Angehörigen haben sehr unterschiedlich zurück ins Leben gefunden: Einige leiden bis heute stark an den psychischen, sozialen und auch ökonomischen Folgen der Morde und des staatlichen und gesellschaftlichen Umgangs; manche haben sich aus „Erschöpfung“ zurückgezogen angesichts des ausbleibenden Echos auf ihre unzähligen (!) Versuche, Gehör, Aufklärung und Gerechtigkeit zu finden sowie ihr Leid anerkannt zu sehen; alle haben ihr Vertrauen in eine ernsthafte Aufarbeitung und Aufklärung verloren. Dennoch haben sieben Betroffene sich bereit erklärt, über ihre Vorstellungen bzgl. eines möglichen „Dokumentationszentrums/Erinnerungsortes“ zu sprechen und mehrheitlich ihren Wunsch nachdrücklich Ausdruck verliehen, sich aktiv an einem Prozess sowie dem Betrieb eines Dokumentationszentrums beteiligen zu wollen.

Perspektiven und Wünsche der Betroffenen in Bezug auf ein Dokumentationszentrum

Auch wenn die Positionen der Gesprächspartner*innen bezüglich der Notwendigkeit der Errichtung eines „Dokumentationszentrums“ und seiner möglichen Ausgestaltung durchaus heterogen ausfielen, überraschte doch das positive Echo. Dabei formulierten die Interviewten vier **wesentliche Funktionen bzw. Dimensionen**, die ein solcher Ort aus Sicht der Opfer und Angehörigen leisten und beinhalten sollte:

- 1) Zuerst wünschten sich alle einen Raum zur (weiteren) Aufklärung der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff., der Hintergründe der Tat(motive), des staatlichen Ermittlungsversagens, der Rolle der einzelnen Dienste (**Ort der Aufklärung**)
- 2) Dabei verstanden alle Betroffenen unter Aufklärung nicht nur eine rückwärtsgerichtete Tätigkeit, sondern vor allem eine in die Gesellschaft und in die Zukunft gerichtete; es sollte ein Ort sein, der zum Dialog einlädt und interveniert, um eine andere (nicht durch Rassismus geprägte) Zukunft im Sinne präventiver Bildungsarbeit denkbar zu machen (**Ort der Prävention und demokratischen Selbststärkung**)
- 3) Ferner wünschten sich die meisten Gesprächspartner*innen einen Ort als genuinen „Erinnerungsort“ an das Leben ihrer ermordeten Angehörigen (**Ort des Gedenkens und der positiven Erinnerung**)
- 4) darüber hinaus artikulierten die meisten das Bedürfnis, einen derartigen Ort als Versammlungsraum für die Opfer und Angehörigen selbst nutzen zu können (**Ort der Solidarität, Vernetzung und Resilienz**)

Grundlegend sehen jedoch die Gesprächspartner*innen mit der Errichtung eines derartigen Zentrums die späte Möglichkeit verbunden, dass die Geschichten der Opfer und Angehörigen als Betroffene der rassistischen Gewalt nicht verloren gehen, sondern als Teil der Geschichte dieses Landes auch einen Ort finden.

Benchmarks aus Sicht der Opfer und Angehörigen

- 1) Die Interviewgespräche zeigten deutlich, dass es den Opfern und Angehörigen nicht nur um den Mord und die Ermittlungsarbeit geht, sondern auch um die bis heute bestehenden gesundheitlichen und sozioökonomischen Folgen, die viele Familien auf Alltagsebene bis heute stark prägen. Die Gesprächspartner*innen wünschen, dass ein derartiger Ort und der Entstehungsprozess dahin dies sensibel mitberücksichtigen und zum Thema machen müsste. Dazu gehören auch eine größere Offenheit und eine **unkompliziertere Unterstützung der Opfer und Angehörigen in alltagsrelevanten Bereichen**. Bis heute vermissen die Betroffenen, dass sich ihrer Probleme angenommen wird. In den meisten Fällen konnten sie nur dann eine Verbesserung ihrer Situation erreichen, wenn sie ein solidarisches Umfeld hatten, dass sich für sie eingesetzt hat. Hier wünschen sich die interviewten Opfer und Angehörigen deutliche Verbesserungen. Wenn stattdessen Geld und Engagement nur für repräsentative Zwecke wie ein Dokumentationszentrum investiert wird, läuft dies Gefahr, die Bedarfe der Betroffenen zu ignorieren, gerade, wenn ihnen konkrete Unterstützungsmaßnahmen entsagt wird.
- 2) In den Interviews wurde zudem deutlich, dass das angekündigte Engagement der Bundesregierung gerade dann Wirkung entfalten kann, wenn es **an bestehende Aktivitäten der Betroffenen anknüpft**. Eine übergreifende Vernetzung von Opfern und Angehörigen rassistischer Gewalt wurde bereits selbstständig organisiert, erfordert aus Mangel dauerhaft gesicherter Strukturen jedoch enorme Kraftanstrengungen. Hier könnte ein größeres Engagement für die Betroffenen bereits heute ansetzen und deren selbstständige Aktivitäten im Bereich der Bildungsarbeit und des Erinnerns grundlegend fördern. Die Personen, die heute schon in der Bildungsarbeit aktiv sind, wünschen sich vor allem auch eine Stärkung ihrer eigenen Arbeit. Dies reicht von der Schaffung von Räumlichkeiten als Bildungsorte über eine dauerhaft finanzierte Referent*innentätigkeit bis hin zu festen Stellen. Angebote, die den Opfern und Angehörigen bisher nie unterbreitet wurden, jedoch unkompliziert und zeitnah möglich wären.
- 3) Dies knüpft auch an einen weiteren Wunsch der Betroffenen an: **Die Mehrortigkeit des Engagements zu fördern und zu stärken**. Der größte Vorteil scheint in einer Dezentralität zu liegen, da die Aktivitäten der Opfer und Betroffenen häufig an ihren Wohnorten stattfinden und gewünscht wird, dass ein Erinnern und Gedenken an die Opfer an den Orten vergegenwärtigt/erinnert wird, an denen sie gelebt haben und die sie prägten.
- 4) Aktivitäten in Sachsen werden als wichtig angesehen, aufgrund der virulenten Bedrohungslage für migrantisch markierte Menschen ist Sachsen jedoch kein Ort, den regelmäßig zu besuchen sich Opfer und Angehörige vorstellen könnten. Die Betroffenen wünschen sich **Orte, die in ihrer Gestaltung einladend sind und eine Wärme ausstrahlen**. Sie sprechen sich für Orte aus, die das Leben ihrer verlorenen Angehörigen positiv in den Mittelpunkt stellen. Dazu gehört, die **Lebens- und Migrationsgeschichte der Betroffenen zu thematisieren**, sowohl auf der persönlichen als auch auf der stadtgesellschaftlichen Ebene. Es sind damit Orte, die in Interaktion mit dem Stadtraum und der Stadtgesellschaft treten. Damit wünschen sich die Gesprächspartner*innen die Entstehung von Orten, die den bisherigen schlechten Erfahrungen der Opfer und Angehörigen entgegenlaufen und an bestehende Erlebnisse von Empathie und Solidarität anknüpfen. Sie unterstreichen den Wunsch nach Orten, an denen sich Erlebnisse des Zuhörens, der Aufmerksamkeit so verdichten, wie es im Rahmen von Bildungsveranstaltungen oder während der Tribunal-Veranstaltungen erlebbar war.
- 5) Dazu gehört auch, die **wiederkehrende Erfahrung von Rassismus zu thematisieren**, insbesondere über die physische Gewalt hinausgehende Erfahrungen von institutionellem Rassismus. So gehört zu einer Dokumentation des Geschehenen zwingend eine Dokumentation der Polizeiarbeit, des problematischen Verhaltens der Geheimdienste, insbesondere des Verfassungsschutzes, wie auch die strukturelle

Entmündigung durch Medien, Justiz und parlamentarische Untersuchungen. Es ist eine Auseinandersetzung in Gänze und ohne Lücken, die sich die Betroffenen wünschen.

- 6) Für den weiteren Prozess und die Finanzierung wurde das **Gebot der maximalen Transparenz** als unabdingbar bezeichnet. Die Befürchtung, dass die Betroffenen wieder nur pro forma nach ihren Wünschen befragt werden, wurde mehrfach geäußert, da aus den bisherigen Erfahrungen mit ähnlichen Projekten deutlich wurde, dass viele Stellen „etwas tun, nur um hinterher zu sagen, man habe etwas getan“. Zur Transparenz gehört daher ein direkter offener und ehrlicher Informationsaustausch über die tatsächlichen Realisierungsoptionen.
- 7) Wie in den Ausführungen bereits deutlich wurde, geht es den interviewten Betroffenen stark um eine migrantisch situierte Perspektive. Es geht darum das **migrantische Wissen ins Zentrum zu stellen**. Die Opfer und Angehörigen sehen sich als Träger*innen des (Erfahrungs-)Wissens sowohl hinsichtlich der rassistischen Ermöglichungsbedingungen der Taten sowie in Bezug auf den staatlichen, medialen und gesellschaftlichen Umgang damit, das die Grundlage und den Zentralfokus einer derartigen Institution darstellen sollte. Und dies nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch und personell.

2. Expertisen und Erwartungen an ein Dokumentationszentrum aus juristischer, rechtswissenschaftlicher, künstlerischer, antifaschistischer sowie erinnerungspolitischer Perspektive

Während das Leben der Betroffenen bereits ab dem Moment des Mordes an ihren Angehörigen auf den Kopf gestellt wurde, setzte für die deutsche Gesellschaft die Zäsur erst durch das Bekanntwerden der Tatkontexte im November 2011 ein. Ab diesem Moment entstand ein breiter und pluraler Zusammenhang aus zivilgesellschaftlichen Gruppen, Einzelpersonen, Rechtsexpert*innen, Künstler*innen, Journalist*innen, antifaschistischen Archiven und Rechercheinitiativen, Wissenschaftler*innen, politischen Bildner*innen usw., die in Bezugnahme auf die Geschehnisse und die unterschiedlichen Bedarfe der Opfer und Angehörigen ein solidarisches Engagement entwickelten und sich aktiv an der Aufarbeitung der Tathintergründe sowie des staatlichen Ermittlungsversagens beteiligten.

Neben den Interviews mit Betroffenen wurden daher auch Gespräche mit 25 Akteur*innen aus dem unterstützenden Umfeld geführt. Auch sie berichteten von ihren spezifischen Erfahrungen, und formulierten Erwartungen und verschiedene Dimensionen, die ein Dokumentationszentrum umfassen müsse. Auch sie äußerten Skepsis und sprachen verschiedene Problematisierungen und Fallstricke an.

Die im Bericht jeweils differenziert dargestellten Expertisen umfassen folgende Akteursfelder:

- juristische und rechtswissenschaftliche Perspektiven
- Perspektiven der antifaschistischen Recherche und Opferberatung
- erinnerungspolitische Perspektiven
- künstlerische Perspektiven

Während die Befragten ein Engagement für die Opfer und Angehörigen des rassistischen Terrors prinzipiell begrüßten, sind auch ihre Erwartungshaltung und Hoffnungen durchgängig von umfangreichen negativen Erfahrungen mit dem bisherigen staatlichen Engagement gezeichnet.

Dem wiederholt die Betroffenenperspektive ignorierenden Umgang des Staates steht auf Seiten der Zivilgesellschaft ein hoher Grad an Reflexion der eigenen Involviertheit in die rassistisch-antisemitisch strukturierte Gesellschaft gegenüber. Dies ist ein zentraler Bestandteil einer andauernden grundsätzlichen Befragung, wie es dazu kommen konnte, dass die rassistisch motivierte Mordserie übersehen wurde. Daher sehen die Akteur*innen insbesondere in den verschiedenen Dimensionen von Rassismus, die alle Ebenen von Gesellschaft und Institutionen durchziehen, einen grundlegend zu thematisierenden Inhalt. Auch vor dem Hintergrund der jahrelangen Ignoranz und des Nicht-

hören-Wollens der Stimmen der Opfer und Angehörigen und ihres Kampfes um Sichtbarkeit hat die Zentralstellung der Betroffenen für sie oberste Priorität.

Als Grundvoraussetzungen für ein Dokumentationszentrum benannten die Unterstützer*innen folgende Punkte:

- Zentralstellung der Perspektiven und Forderungen der Betroffenen, dies beinhaltet auch die konkrete Unterstützung in materiellen und sozialen Belangen in Anerkennung ihrer Heterogenität und der Gefahr der Retraumatisierung
- Absicherung einer unabhängigen und autonomen Struktur, Transparenz und Verlässlichkeit
- Darstellung aller Facetten des NSU-Komplexes mit dem Ziel weiterer Aufklärung und kritischer Aufarbeitung
- Hierfür notwendig: die Zusammenführung aller Aktenbestände
- Thematisierung der verschiedenen Dimensionen von Rassismus, der Involviertheit der staatlichen Stellen und der Geschichte rassistischer Gewalt und rechtsextremer Strukturen im postnationalsozialistischen Deutschland
- Ausrichtung auf Gegenwart und Zukunft
- Einbindung und Unterstützung bereits bestehender lokaler Strukturen

Benchmarks aus der Perspektive des unterstützenden Umfelds

Auch in der Befragung der Unterstützer*innen zeichnete sich zudem ab, dass ein Dokumentationszentrum im Sinne eines Multifunktionsortes mehrere Dimensionen und Funktionen umfassen müsse, wobei sie weitere Dimensionen über die vier genannten der Betroffenen aufzählten.

- 1) Viele der für den vorliegenden Bericht interviewten Gesprächspartner*innen betonten wieder, dass sich ein derartiges Dokumentationszentrum in besonderem Maße den **Perspektiven der Betroffenen widmen** und neben einem Ort der Erinnerung, der Trauer und der Wut auch die konkrete Unterstützung der Betroffenen in sämtlichen Belangen sowie die Unterstützung ihrer eigenen Vernetzung umfassen müsse.
- 2) Es dürfe jedoch nicht darauf beschränkt bleiben, sondern müsse darüber hinaus auch eine **Auseinandersetzung mit dem Täter*innenkomplex und den politischen und gesellschaftlichen Ermöglichungsbedingungen** umfassen. Vor allem betonten die juristischen Akteur*innen, dass für sie ein Dokumentationszentrum nur sinnvoll sei, wenn die Gesamtheit der erforderlichen Akten dem Dokumentationszentrum zugänglich gemacht werden. Dies sei eine Mindestforderung an ein Dokumentationszentrum, da ein eingeschränkter Aktenbestand die neue Institution wertlos mache und sehr viel mehr Kritik auf sie ziehe. Gerade vor dem Hintergrund der bereits umfangreich vernichteten Akten wird einhellig für ein Zentrum plädiert, das die Vielzahl an offenen Fragen adressieren könne. Das Schmerzhafte seien in vielen Fällen die ins Leere führenden Recherchen und Fragen, die unwiederbringlich entfernten Dokumente und Zusammenhänge.
- 3) Entscheidend sei dabei, dass die **Thematisierung von Rassismus in seinen verschiedenen Dimensionen und seiner Historie** erfolge. Insbesondere staatliches Handeln sei zu thematisieren und vorbehaltlos zu konfrontieren. Bisher erfolgte Erfahrungen stellen dies zwar infrage, für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der rassistischen Gewalt und ihren vielfältigen Akteur*innen sei dies unverzichtbar. Hier müssen also explizit die Akteur*innen von Polizei, Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft sowie ihr Handeln adressiert werden.

Zusammenfassend lassen sich folgende Bereiche skizzieren:

- Ort der Erinnerung an die Opfer und ihre postmigrantischen Lebensgeschichten
- Ort der konkreten Unterstützung von Betroffenen

- Ort der Begegnung, des Empowerments und der Vernetzung Betroffener
- Ort der Aufklärung und Aufarbeitung sowie der Kritik des NSU-Komplexes und seiner Ermöglichungsbedingungen
- Ort der Forschung und des Archivs
- Ort der Bildung, des Lernens und der Prävention
- Ort der Selbstaufklärung der Gesellschaft zu Rassismus und der langen Geschichte rassistischer Gewalt als rassistuskritischer Beitrag zur Zeitgeschichte

Die Unterstützer*innen beschreiben somit weitgehend ähnliche Dimensionen wie sie bereits von den Betroffenen benannt wurden. Als darüber hinausführende Dimensionen nennen die Aktiven noch den Bereich der Forschung und des Archivs sowie der Selbstaufklärung der Gesellschaft im Sinne einer kritischen Rassismusgeschichte Deutschlands.

Bei der Befragung der verschiedenen Akteur*innen deuten sich jedoch auch Spannungsverhältnisse zwischen diesen Perspektiven und den Aussagen und Schwerpunktsetzungen der Opfer und Angehörigen sowie zwischen den verschiedenen befragten Expertisen und Aktivitätsfeldern an. Dies betrifft insbesondere den Stellenwert von Betroffenenperspektiven und -erfahrungen einerseits und der juristischen Aufarbeitung und der Zentralstellung der „Akten“ andererseits. Auch zum Umgang mit den Dokumenten und Akten gab es sehr verschiedene Positionen. Während einige der Befragten (vor allem die juristischen Expert*innen und antifaschistischen Rechercheur*innen) ein Zusammenführen und Zugänglichmachen sämtlicher Akten als unumgänglich betrachten, um eine lückenlose Aufklärung zu ermöglichen, äußern andere Bedenken daran bzw. sehen einen dringenden quellenkritischen Regelungsbedarf. Es brauche starke reflektierende Erklärhilfen und Einordnungen, wie Akten zu verstehen sind und was vielleicht nicht reproduziert werden sollte, sollten Originalakten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Weiterhin wurde diskutiert, wie weit oder eng die Fokussierung auf die Opfer des NSU gefasst werden sollte. Hierbei ist – auch vor dem Hintergrund, dass der NSU-Komplex eingebettet ist in eine lange Kontinuität rechter und rassistischer Gewalt mit zahlreichen weiteren Todesopfern, denen zum Teil bis heute jegliche Anerkennung fehlt – eine besondere Sensibilität notwendig. Einige forderten daher explizit, dass der NSU-Komplex nur sinnvoll verstanden und eingeordnet werden könne, wenn es thematisch eine Ausweitung auf andere rassistische Morde gebe und er historisch in eine rassistuskritische Zeitgeschichte eingebettet sei.